



Rathaus

Umschau

Donnerstag, 22. November 2018

Ausgabe 223

ru.muenchen.de

*Als Newsletter oder per WhatsApp
unter [muenchen.de/ru-abo](https://www.muenchen.de/ru-abo)*

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise für Medien	2
Bürgerangelegenheiten	3
Meldungen	4
› Glückwünsche für Herbert Achternbusch zum 80. Geburtstag	4
› Stadt München stockt Regelsätze für Sozialleistungen auf	4
› Bayerische Ehrenamtskarte für engagierte Münchner	5
› Gleichberechtigung bei der Besetzung von Gremien	6
› Bürgerforum Altenpflege zum Thema Sicherheit	6
› Gesundheitskonferenz 2018: Gesundheit im Alter fördern	7
› MBO-Weihnachtsbasar präsentiert Arbeiten der Sozialen Betriebe	8
› Beratungsstelle für sexuell übertragbare Infektionen geschlossen	9
› Retrospektive Will Tremper: Hannelore Elsner zu Gast im Filmmuseum	9
› Monacensia: Filmvorführung „1918. Revolution in Bayern“	10
› Fachdienst für Arbeitssicherheit feiert 40-jähriges Bestehen	10
Referat für Stadtplanung und Bauordnung in eigener Sache	12
Antworten auf Stadtratsanfragen	13
Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat	
Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften	

Terminhinweise für Medien

Freitag, 23. November, 8.30 Uhr, Referat für Arbeit und Wirtschaft, Herzog-Wilhelm-Str. 15, Foyer

Der kommissarische Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft, Kurt Kapp, eröffnet zusammen mit dem schwedischen Botschafter Per Thöresson die Ausstellung „Smart Industry – Schweden 4.0“. Anschließend sprechen Stefan Koetz, Vorsitzender der Geschäftsführung Ericsson Deutschland, Ewa Johannson, Senior Vice President DACH Tacton Systems, und Thomas Burkhardt, Geschäftsführer SKF Deutschland. Die Ausstellung präsentiert acht schwedische Innovationen im Bereich Industrie 4.0 als Erfolgsbeispiele der Digitalisierung. München ist erste Station der Ausstellung. Schweden ist Partnerland der Industriemesse 2019 in Hannover.

Wiederholung

Freitag, 23. November, 10.30 Uhr, Sozialreferat, Orleansplatz 11, Raum 3.081

Sozialreferentin Dorothee Schiwy und Kolleginnen und Kollegen der Mietberatung München berichten über die Auswirkungen der aktuellen Rechtsprechung zum Thema Eigenbedarfskündigung auf die Münchner Mieterinnen und Mieter und erläutern die sich daraus ergebenden Forderungen des Sozialreferates hinsichtlich einer Anpassung des Mietrechts.

Nach der Erfahrung der Mietberatungsstelle besteht bei vielen Mietern in München die Befürchtung, die Wohnung wegen Eigenbedarfs zu verlieren. Dies führt dazu, dass sie zunehmend mietrechtliche Ansprüche wie Instandsetzungsarbeiten in der Wohnung, für die der Vermieter zuständig ist, nicht geltend machen. Auch unwirksame oder zu hohe Mietforderungen werden zunehmend aus Sorge um den Erhalt der Wohnung akzeptiert. Hintergrund ist eine in den vergangenen Jahren vom Bundesgerichtshof (BGH) ergangene Rechtsprechung zum Kündigungsgrund Eigenbedarf, die den Vermietern die Beendigung des Mietverhältnisses grundsätzlich erleichtert hat. Aus Sicht des Sozialreferates sind deshalb dringend gesetzliche Verschärfungen notwendig, die diese Tendenz im Sinne der Mieter verändern.

Wiederholung

Freitag, 23. November, 16.30 Uhr, Viktualienmarkt, am Maibaum

Kommunalreferentin Kristina Frank und Boris Schwartz, Zweiter Werkleiter der Markthallen München, lassen beim sogenannten „Anleuchten“ anlässlich der Eröffnung des „Winterzaubers“ zum ersten Mal in diesem Jahr die weihnachtliche Beleuchtung auf dem Viktualienmarkt erstrahlen.

Wiederholung

Freitag, 23. November, 17.30 Uhr, Rudolf-Steiner-Schule, Leopoldstraße 17

Kommunalreferentin und Erste Werkleiterin des Abfallwirtschaftsbetriebs München, Kristina Frank, stellt das neue Handbuch „Reparieren macht Schule – Ein Praxisleitfaden“ vor und eröffnet die gleichnamige Tagung zur Schülerreparaturwerkstatt in der Rudolf-Steiner-Schule.

Die Schülerreparaturwerkstatt ist bisher einzigartig. Hier lernen Schülerinnen und Schüler, defekte Geräte wie zum Beispiel Toaster, Wasserkocher oder elektrisches Spielzeug sowie zukünftig auch Holzspielzeug selbstständig zu reparieren. Die Werkstatt hilft der jungen Generation, neue Fähigkeiten zu entwickeln. Außerdem ist sie in ökologischer Hinsicht gut für die Umwelt, da sie die Wiederverwendung und damit die Abfallvermeidung fördert und so zum Klima- und Ressourcenschutz beiträgt.

Achtung Redaktionen: Nach den Eröffnungsreden findet gegen 18.45 Uhr ein Rundgang durch die Schülerreparaturwerkstatt statt.

Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung

Freitag, 23. November, 19 Uhr, Saal im Alten Rathaus

Bürgermeisterin Christine Strobl spricht Grußworte zur Überreichung der Ehrenmedaille für Verdienste um die Volkskultur und des Innovationspreises Volkskultur.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 29. November, 19 Uhr, Turnhalle des Adolf-Weber-Gymnasiums, Kapschstraße 5 (rollstuhlgerecht)

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 9 (Neuhausen – Nymphenburg). Die Versammlungsleiterin Bürgermeisterin Christine Strobl und die Bezirksausschussvorsitzende Anna Hanusch informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat – Gartenbau und Tiefbau, Kreisverwaltungsreferat – Straßenverkehr, Referat für Gesundheit und Umwelt – Energieberatung des Bauzentrums, Münchner Verkehrsgesellschaft, Seniorenbeirat, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Anna Hanusch.

Donnerstag, 29. November, 17 bis 19 Uhr, HeideTreff Nachbarschaftstreff, Karl-Köglsperger-Straße 13 (rollstuhlgerecht)

Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing – Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Meldungen

Glückwünsche für Herbert Achternbusch zum 80. Geburtstag

(22.11.2018) Oberbürgermeister Dieter Reiter gratuliert Herbert Achternbusch zum bevorstehenden 80. Geburtstag: „Das Phänomen ‚Achternbusch‘ lässt sich nur umkreisen. Alle Annäherungen – wort- und bildgewaltiger Querdenker, genialischer Universalkünstler, Zen-Meister im Granteln, einzig legitimer Nachfolger Karl Valentins – können Ihrem vielfältigen Schaffen und turbulenten Leben nie ganz gerecht werden. Wie auch, angesichts eines überbordenden literarischen, filmischen, bildnerischen Schaffens, das sich bis heute in keine Schublade stecken und noch weniger vereinnahmen lässt. Der ‚Widerhaken‘ bleibt. Und ebenso etwas, ‚das einem direkt ans Herz greift‘, wie FX Karl es zutreffend formuliert hat, etwas, ‚das die Welt aufbricht und das unmittelbar Solidarität erzeugt, Texte und Filme, die radikal persönlich sind und dennoch genau die Verhältnisse treffen.‘

Die Stadt München feiert in den nächsten Wochen ‚ihren‘ Achternbusch, das lassen wir uns nicht nehmen. Wir haben gleich fünf Münchner Institutionen – die Kammerspiele, das Volkstheater, das Filmmuseum, die Monacensia, das Künstlerhaus am Lenbachplatz – mit ins Boot geholt, um das ‚Gesamtkunstwerk‘ Achternbusch zu präsentieren. Mit Ihrem künstlerischen Schaffen haben Sie in unserem ‚Kulturbetrieb‘ eine einzigartige Position und Stimme, bis heute unüberhörbar.

Ich wünsche Ihnen für die kommenden Jahre alles Gute, vor allem Glück, Gesundheit und persönliches Wohlergehen.“

Stadt München stockt Regelsätze für Sozialleistungen auf

(22.11.2018) Die Landeshauptstadt München stockt die Regelsätze der Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII erneut auf. Das hat der Sozialausschuss des Stadtrats jetzt beschlossen. Vorbehaltlich der Zustimmung der Vollversammlung am 27. November werden im Rahmen der Sozialhilfeberechnung höhere Regelsätze berücksichtigt als die von der Bundesregierung bundeseinheitlich festgesetzten Regelsätze. Für Regelbedarfsstufe 1 bedeutet dies beispielsweise eine Anhebung des Regelsatzes von bisher 437 Euro auf 445 Euro ab 1. Januar

2019. Die Landeshauptstadt München investiert damit knapp 2,2 Millionen Euro zusätzlich in Sozialhilfeleistungen.

Sozialreferentin Dorothee Schiwy: „Es ist richtig und notwendig, in München die Regelsätze für Sozialleistungen anzuheben. Bei überdurchschnittlich ansteigenden Lebenshaltungs- und Wohnkosten in einer Großstadt wie München muss auch für die Sozialhilfeberechnung eine andere Grundlage gelten als für den Bundesdurchschnitt.“

Personen, die ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Mitteln bestreiten können, erhalten Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. oder 4. Kapitel SGB XII. Das Bundeskabinett hat am 19. September die Erhöhung der bundeseinheitlichen Regelsätze zum 1. Januar 2019 beschlossen. Die Fortschreibung der Regelsätze orientiert sich dabei an der Preis- und Lohnentwicklung der Vorjahre und beträgt in diesem Jahr 2,02 Prozent. Analog dieser Erhöhung werden auch in der Landeshauptstadt München die Regelsätze angehoben. Die abweichende Regelsatzfestsetzung beruht auf einem wissenschaftlichen Gutachten aus dem Jahr 2012, nach dem die Lebenshaltungskosten in München höher sind als in der restlichen Bundesrepublik.

Bayerische Ehrenamtskarte für engagierte Münchner

(22.11.2018) Für Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, gibt es in München ab nächstem Jahr gleich zwei Projekte, die Vergünstigungen bieten: die etablierte Auszeichnung „München dankt!“ der Stadt München und nun auch die Bayerische Ehrenamtskarte. Der Verwaltungs- und Personalausschuss des Stadtrats hat beschlossen, dass die Ehrenamtskarte ab Herbst 2019 auch durch die Landeshauptstadt München ausgegeben wird. Die Bayerische Ehrenamtskarte, die engagierte Münchnerinnen und Münchner erhalten können, die sich mindestens 250 Stunden im Jahr unentgeltlich für das Gemeinwohl einsetzen, ermöglicht Vergünstigungen oder freien Eintritt in kommunalen, staatlichen und privatwirtschaftlichen Einrichtungen in ganz Bayern. So können in München beispielsweise die staatlichen Schlösser und Museen kostenlos besucht werden.

Eine Antragstellung für Ehrenamtliche aus München ist voraussichtlich ab Sommer 2019 bei der Stadt möglich. Bis zu diesem Zeitpunkt steht fest, bei welchen städtischen Einrichtungen die Karte Vergünstigungen bietet. Über den genauen Starttermin und das Antragsverfahren wird die Landeshauptstadt rechtzeitig informieren.

„München dankt!“, die Auszeichnung für bürgerschaftlich Engagierte der Landeshauptstadt München, die bereits ab einem jährlichen Engagement von 80 Stunden beantragt werden kann, bleibt trotz der Neuerung ebenfalls erhalten. Sie bietet neben einer Urkunde und einem Tätigkeitsnach-

weis ein Gutscheineheft, das freien Eintritt in zahlreiche städtische Einrichtungen bietet.

Nähere Informationen unter www.muenchen.de/engagiert-leben.

Gleichberechtigung bei der Besetzung von Gremien

(22.11.2018) Der Verwaltungs- und Personalausschuss des Stadtrates hat jetzt eine freiwillige Selbstverpflichtung hinsichtlich einer Geschlechterquote bei der Besetzung von Gremien mit Stadtratsmitgliedern beschlossen. Dabei handelt es sich um Aufsichtsräte, Kommissionen oder Jurys für Preisverleihungen, wie zum Beispiel den Aufsichtsrat der Stadtwerke, die Kommission für Stadtgestaltung oder für die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags.

Frauen sind in Parlamenten, Aufsichtsräten, Vorständen, Beiräten und anderen politischen Gremien meist unterrepräsentiert. Die Stadt München will nun mit dem von der Gleichstellungsstelle für Frauen und dem Direktorium erarbeiteten Vorschlag dafür sorgen, dass sich das in ihrem Einflussbereich ändert. In allen Gremien, in denen Mitglieder des Stadtrates vertreten sind, sollen diese Sitze künftig paritätisch besetzt werden. Nicole Lassal, Leiterin der Gleichstellungsstelle, betont: „Die Stadt München bekennt sich damit zu einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern an Entscheidungen.“

Als künftige Grundlage dient das Hamburger Modell, das sich an der Größe eines Gremiums orientiert und praxisnahe Lösungen für Gremienentscheidungen mit einer kleinen oder ungeraden Anzahl an Mitgliedern hat. Bei Beiräten, bei denen es sinnvoll und möglich ist, wird die Satzung entsprechend geändert.

Aktuell geht es um 123 Gremien, in denen Stadtratsmitglieder vertreten sind. Dort sind in 81 Gremien die Vorgaben des Hamburger Modells bereits erfüllt, in 30 Gremien nicht erfüllt, weil zu wenige Frauen vertreten sind, und in 12 Gremien nicht erfüllt, weil zu wenige Männer vertreten sind. Die Abweichung von einer paritätischen Besetzung bei rund einem Drittel aller Gremien spricht also durchaus für die Einführung einer Geschlechterquote.

Die Landeshauptstadt München setzt mit dieser Entscheidung ein deutliches Zeichen dafür, dass sie den Gleichstellungsauftrag gemäß dem Grundgesetz auch in diesem Handlungsfeld umsetzen möchte.

Bürgerforum Altenpflege zum Thema Sicherheit

(22.11.2018) Wenn Menschen älter werden, steigt oftmals ihr Bedürfnis nach Sicherheit. Das nächste Bürgerforum Altenpflege am Dienstag, 27. November, 18 Uhr, im Alten Rathaus widmet sich deshalb diesem vielschichtigen Thema. Expertinnen und Experten informieren zu Gefahren

durch Kriminalität oder Risiken im eigenen Haushalt und sie geben Tipps, wie der Alltag daheim oder in öffentlichen Verkehrsmitteln besser bewältigt werden kann.

Die Podiumsgäste sind Anja Leimkugel (Abteilung Opferschutz und Prävention im Polizeipräsidium München), Dominik Schirmer (Beauftragter zur Bekämpfung von Fehlverhalten im Gesundheitswesen und Bereichsleiter Verbraucherschutz der AOK Bayern), Ariane Sauer (MVG Beauftragte für Fahrgäste mit Mobilitätseinschränkungen der Münchner Verkehrsgesellschaft) und Bernhard Reindl (Leiter der Beratungsstelle Wohnen beim Verein Stadtteilarbeit).

Neben den Vorträgen der Podiumsgäste hat das Publikum die Möglichkeit, Fragen und eigene Beiträge einzubringen. Im Foyer gibt es ergänzend Informationsstände.

Die Veranstaltung ist kostenfrei. Die Teilnahme ist für auch für mobilitätseingeschränkte Menschen möglich. Rollstuhlfahrer und Menschen, die eine Gehhilfe benötigen oder besonderen Unterstützungsbedarf haben, werden jedoch gebeten, sich im Vorfeld telefonisch unter 233-9 69 66 zu melden. Der Veranstaltungsort ist mit einer induktiven Höranlage für schwerhörige Menschen ausgestattet und alle Redebeiträge werden von Gebärdensprachdolmetscherinnen übersetzt.

Veranstalter ist die städtische Beschwerdestelle für Probleme in der Altenpflege. Informationen zur Veranstaltung und zur Tätigkeit der Beschwerdestelle sind unter www.muenchen.de/beschwerdestelle-altenpflege abrufbar sowie telefonisch unter 233-9 69 66 oder persönlich in der Burgstraße 4, Raum 121.

Gesundheitskonferenz 2018: Gesundheit im Alter fördern

(22.11.2018) Über 150 Gäste hatten sich im Kolpinghaus München eingefunden, um die verschiedenen Aspekte der Gesundheitsförderung und Prävention im Alter zu diskutieren. Einmal im Jahr lädt der Gesundheitsbeirat des Referats für Gesundheit und Umwelt die Münchner Fachöffentlichkeit ein, um ein Schwerpunktthema intensiv zu beleuchten.

Keynote-Speaker Professor Dr. Stefan Pohlmann, Lehrstuhlinhaber für Gerontologie an der Hochschule München, erläuterte Aspekte der Gesundheitsförderung für die verschiedenen Gruppen der Seniorinnen und Senioren. Aus Sicht der Kommune ist es überaus wichtig, der steigenden Altersarmut und der daraus resultierenden zunehmenden sozialen Ungleichheit entgegenzuwirken, Risikogruppen frühzeitig zu identifizieren und diese speziell zu fördern.

„Auf individueller Ebene ist es wichtig, Selbstkompetenz und Selbstverantwortung zu stärken“, sagte Gesundheitsreferentin Stephanie Jacobs. „Auch wenn es für Gesundheitsförderung nie zu spät ist, so ist der Gesundheits-

zustand Ergebnis eines lebenslangen Prozesses, weshalb eine lebenszeitliche Betrachtung notwendig ist“.

In drei parallel stattfindenden Foren beschäftigten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach jeweils hochkarätigen Impulsvorträgen der Referentinnen und Referenten mit Themen der sozialen Teilhabe, deren Bedeutung für Gesundheit, mit Gesundheitsförderung und Prävention für Migrantinnen und Migranten sowie mit den Anforderungen an eine bewegungsfreundliche Kommune.

Die Vorträge der Referentinnen und Referenten sind demnächst unter www.gesundheitsbeirat-muenchen.de nachzulesen. Darüber hinaus werden die wichtigsten Ergebnisse in das diesjährige Positionspapier des Gesundheitsbeirats zum Jahresthema „Gesundheit und Alter“ einfließen. Das Positionspapier wird Ende des Jahres veröffentlicht und dann auf der Homepage abrufbar sein.

Der Münchner Gesundheitsbeirat

Der Gesundheitsbeirat unter dem Vorsitz der Referentin für Gesundheit und Umwelt, Stephanie Jacobs, ist ein Beratungsorgan für den Stadtrat und die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt München in grundsätzlichen Fragen des Gesundheitswesens. Darüber hinaus dient er der gegenseitigen Beratung seiner 26 Mitglieder und der Koordination von Maßnahmen des Gesundheitswesens in der Stadt.

Ziel ist es, die gesundheitliche Lage der Bevölkerung der LHM zu verbessern, insbesondere durch Gesundheitsförderung und Prävention sowie durch strukturelle Änderungen der gesundheitlichen Versorgung.

MBQ-Weihnachtsbasar präsentiert Arbeiten der Sozialen Betriebe

(22.11.2018) Das Referat für Arbeit und Wirtschaft veranstaltet erstmalig einen MBQ-Weihnachtsbasar, am Mittwoch, 28. November, sowie am Donnerstag, 13. Dezember, jeweils von 11.30 bis 13 Uhr, im Foyer des Referats, Herzog-Wilhelm-Straße 15. MBQ steht als Kürzel für das Münchner Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm, das langzeitarbeitslosen Menschen Beschäftigungsmöglichkeiten in öffentlich geförderten Sozialen Betrieben bietet.

In den Sozialen Betrieben, die handwerkliche Produkte herstellen oder Dienstleistungen anbieten, sind aus verschiedensten Materialien kunstvolle Einzel- und Schmuckstücke entstanden. Diese können beim Basar besichtigt und erworben werden. Das MBQ will damit auf die wertvolle Arbeit aufmerksam machen, die in mehr als 30 von der Stadt geförderten Sozialen Betrieben geleistet wird. Zwischen dem 28. November und dem 13. Dezember, werktags zwischen 8.30 bis 17.30 Uhr, sind die Ausstellungsstücke im Foyer des Referats in einer Vitrine zu sehen. Die Veranstaltung ist barrierefrei.

Informationen im Internet unter www.muenchen.de/mbq.

Beratungsstelle für sexuell übertragbare Infektionen geschlossen

(22.11.2018) Am Donnerstag, 29. November, haben die Beratungsstelle für sexuell übertragbare Infektionen (STI) sowie die Prostituiertenschutzberatung des Referats für Gesundheit und Umwelt in der Schwanthalerstraße 69 geschlossen.

Die STI Beratungsstelle hat am Dienstag, 27. November, erweiterte Öffnungszeiten von 13.30 bis 19 Uhr. Die STI-Beratungsstelle bietet persönliche Beratung mit Testmöglichkeit und befindet sich im Referat für Gesundheit und Umwelt, Bayerstraße 28a, Telefon 233-2 33 33, E-Mail aids-sti-beratung.rgu@muenchen.de.

Die Beratungsstelle nach § 10 Prostituiertenschutzgesetz befindet sich in der Schwanthalerstraße 69, Telefon 233-6 69 91.

Sprechstunden der beiden Beratungsstellen (ohne Voranmeldung)

- Montag, Mittwoch, Donnerstag: 8 bis 11 Uhr
- Dienstag: 14 bis 18 Uhr
- Donnerstag: 14 bis 15 Uhr

Telefonische Beratung

- Montag bis Donnerstag: 8 bis 11 Uhr, 14 bis 15 Uhr
- Dienstag: 14 bis 18 Uhr

Gynäkologische Sprechstunde (nur für Frauen mit erschwertem Zugang zu einer ärztlichen Versorgung)

- Mittwoch: 13 bis 15 Uhr

Retrospektive Will Tremper: Hannelore Elsner zu Gast im Filmmuseum

(22.11.2018) Der Journalist, Drehbuchautor und Regisseur Will Tremper schuf in den 1950er und 1960er Jahren Filme, die den Blick häufig auf Randgruppen der bundesrepublikanischen Wirtschaftswunderwelt warfen, wie „Die Halbstarken“ (1956) und „Endstation Liebe“ (1958) mit Horst Buchholz in der Hauptrolle. Tremper, der für seine wenigen Regiearbeiten mehrere Bundesfilmpreise erhielt, gilt heute als einer der ersten Vertreter des deutschen Autorenfilms.

Von Dienstag, 27. November, bis Samstag, 15. Dezember, widmet das Filmmuseum, St-Jakobs-Platz 1, Will Tremper eine Retrospektive mit neun seiner Filme, die er als Regisseur und/oder Drehbuchautor realisiert hat. Zum Eröffnungsfilm „Die endlose Nacht“ (1963) am Dienstag, 27. November, 19 Uhr, ist die Schauspielerin Hannelore Elsner zu Gast.

In der Retrospektive gezeigt werden außerdem Filme wie „Flucht nach Berlin“ (1961), „Nasser Asphalt“ (1958) oder „Playgirl“ (1966).

Mehr Informationen sowie alle Titel und Termine der Reihe sind unter www.muenchner-stadtmuseum.de/film abrufbar.

Der Eintritt kostet 4 Euro, 3 Euro für Mitglieder des Fördervereins MFZ. Karten können vorbestellt werden unter Telefon 233-9 64 50.

Monacensia: Filmvorführung „1918. Revolution in Bayern“

(22.11.2018) Unter dem Motto „1918. Revolution in Bayern“ zeigt die Monacensia im Hildebrandhaus, Maria-Theresia-Straße 23, am Donnerstag, 29. November, 19 Uhr, den Film „Fortan ist Bayern Freistaat“ von Michael Appel. Die Filmaufführung ist eine Veranstaltung im Begleitprogramm zur Ausstellung „Dichtung ist Revolution. Kurt Eisner, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Ernst Toller“. Vor dem 30-minütigen Film hält der Autor eine kurze Einführung. Der Eintritt ist frei. Einlass ab 18.30 Uhr über den Eingang an der Siebertstraße 2. Eine Anmeldung per E-Mail an monacensia.programm@muenchen.de ist erforderlich.

Ja, wie gibt's denn so was? Die konservativen Bayern machen eine Revolution, stürzen den König und die uralte Wittelsbacher Monarchie. Und niemand macht etwas dagegen. Alles geschieht zunächst ohne Blutvergießen. So umstürzlerisch kennt und kannte man die Bayern doch nicht. Warum haben denn die braven Bauern nichts dagegen unternommen? Warum hat kein Monarchist zur Waffe gegriffen? In seinem Film zur Revolution in Bayern beantwortet Michael Appel diese Fragen und spannt dabei einen weiten Bogen von der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg über die Veränderungen Bayerns im Krieg bis hin zur friedlichen Revolution des ersten republikanischen Ministerpräsidenten Kurt Eisner.

Die Ausstellung „Dichtung ist Revolution. Kurt Eisner, Gustav Landauer, Erich Mühsam, Ernst Toller“ ist bis 30. Juni in der Monacensia im Hildebrandhaus zu sehen. Unter www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia sind weitere Infos abrufbar.

Die Ausstellung ist Teil des stadtweiten Programms „1918 | 2018. Was ist Demokratie?“. Informationen unter www.muenchen.de/wasistdemokratie.

Fachdienst für Arbeitssicherheit feiert 40-jähriges Bestehen

(22.11.2018) Der Fachdienst für Arbeitssicherheit der Landeshauptstadt München, kurz FAS, feiert 2018 sein 40-jähriges Bestehen. Er ist innerhalb der Stadtverwaltung für alles zuständig, was mit Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz zu tun hat. Ist ein Büro zu kalt, zu heiß, die Luft zu trocken oder gibt es gar eine Stolperfalle, ist der FAS gefragt. Die Gestaltung sicherer und gesunder Arbeitsplätze für Beschäftigte der Stadt war und ist das erklärte Ziel des FAS. Aber auch zum Beispiel beim Bau von städtischen Schulen und Kitas unterstützt der FAS mit Fachwissen. Speziell, wenn Kinder im Spiel sind, sind die Anforderungen an Sicherheit und Gesundheitsschutz besonders hoch. Zusätzlich berät und unterstützt der FAS Führungskräfte, etwa beim Erstellen einer Gefährdungsbeurteilung. Der Fachdienst gibt auch Schulungen zu vielen Sicherheitsaspekten am Arbeitsplatz, bis hin zur Ausbildung zum Gabelstaplerfahrer.

Im Jahr 2017 erfasste die interne Statistik des FAS 4.300 Beratungen, 680

Begehungen, 270 Baustellenbesuche und 309 Messungen. Dazu kommen Arbeitskreise zum Thema Beschäftigtensicherheit, Arbeitsschutzausschusssitzungen, stadtweite Aktionstage und die Beteiligung an Projekten des Betrieblichen Gesundheitsmanagements. 27 Fachkräfte für Arbeitssicherheit und zwei Assistentinnen arbeiten dort heute in Voll- und Teilzeit. Nachdem die Stadt München derzeit mehr als 38.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat, ist jede Fachfrau, jeder Fachmann vom FAS für mehr als 1.400 Beschäftigte zuständig. Eine herausfordernde, aber auch vielseitige Aufgabe.

Die Anfänge im Oktober 1978 muten dagegen etwas bescheidener an: Gerade mal zwei Sicherheitsingenieure arbeiteten damals beim „Sicherheits-technischen Dienst“, dem Vorläufer des heutigen Fachdienstes für Arbeitssicherheit. Sie fungierten hauptsächlich als Kontrolleure von gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Vorschriften. Heute sind die Kolleginnen und Kollegen vom FAS dagegen als lösungsorientierte und ganzheitlich denkende „Manager für Sicherheit und Gesundheit“ unterwegs. 2018 wurde der FAS zum vierten Mal durch die Gesellschaft für Qualität im Arbeitsschutz mbh (GQA) als kompetenter Dienstleister für Arbeitssicherheit zertifiziert. Das sind beste Voraussetzungen, um den kommenden Herausforderungen der digitalen Transformation und der demografischen Entwicklung zu begegnen.

Aktuelles Projekt ist die Einführung einer Arbeitsschutzmanagement-Software. Michael Birkhorst, der Leitende Sicherheitsingenieur des FAS, ist davon überzeugt, dass das neue Arbeitsschutzmanagement weitere Verbesserungen bringen wird: „Das ist ein erster Schritt, um Sicherheit und Gesundheit systematisch und nachhaltig wirksam in die betrieblichen Prozesse zu integrieren. Unser Ziel ist, eine Kultur der Prävention zu etablieren, die zukünftig bei allen Entscheidungen und Abläufen innerhalb der Stadtverwaltung als Maßstab dienen soll.“

Referat für Stadtplanung und Bauordnung in eigener Sache

Licht-Installation zur Adventszeit

(22.11.2018) Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung stellt hinsichtlich des gestern in der BILD erschienenen Artikels „Kreuzverbot“ Folgendes klar:

Der Laimer Pfarrverband wandte sich an die Stadtverwaltung mit der Frage, ob und wie die Installation von Laser-Strahlen zwischen fünf Kirchtürmen in Laim und Pasing in der Adventszeit möglich sei. Die Lokalbaukommission, die dazu eingeschaltet wurde, hat zunächst auf verschiedene offene Fragen hingewiesen, die für eine derartige großräumige Lichtinstallation noch zu klären sind.

Dazu fand erstmalig am Dienstag ein Gespräch zwischen dem Kurator der Pfarrgemeinde und dem Chef der Lokalbaukommission statt.

Aufgrund der großräumigen Wirkung sind verschiedenste Aspekte zu berücksichtigen, über die man sich ausgetauscht hat. Zum einen müssen artenschutzrechtliche Fragen nicht nur an den fünf Kirchtürmen, sondern wegen der Blend- und Streuwirkung, etwa bei Nebel, auch im Luftraum dazwischen untersucht werden. Das Artenschutzrecht ist hier sehr strikt und stellt die Störung streng geschützter Arten in ihren Winterquartieren sogar unter Strafe.

Das Ziel der Landeshauptstadt München, den abendlichen Luftraum möglichst frei von Lichtemissionen zu halten, wurde kommuniziert. Das schließt natürlich Aktionen wie diese nicht aus. Es wurde aber nahegelegt, anstelle einer Dauerinstallation über mehrere Wochen, die Aktion nur an wenigen Abenden im Advent einzusetzen.

Weiter müssen auch mögliche Auswirkungen auf die Nachtruhe sowie auf den Flugbetrieb berücksichtigt werden, wobei bei letzterem auch eine Abstimmung mit dem Luftamt Südbayern notwendig erscheint.

Die Pfarrgemeinde überlegt nun von sich aus, ob die angesprochenen Fragen noch bis zum ersten Advent gelöst werden können, oder ob das Ganze nicht besser auf das kommende Jahr verschoben werden soll, damit die aufgeworfenen Fragen seriös geklärt werden können. Dazu hat die Lokalbaukommission in Abstimmung mit dem Rathaus ihre volle Unterstützung zugesagt, damit die geplante Aktion auch erfolgreich durchgeführt werden kann.



Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 22. November 2018

Radwegsicherheit XII:

Bauliches Absetzen von Radwegen auf der Fahrbahn

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP) vom
15.5.2018

Geheimsache Notaufnahme?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva
Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom
20.7.2018

Radwegsicherheit XII:**Bauliches Absetzen von Radwegen auf der Fahrbahn**

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP) vom
15.5.2018

Antwort Baureferentin Rosemarie Hingerl:

In Ihrem Antrag fordern Sie das Baureferat auf, dem Stadtrat verschiedene Varianten von abgesetzten Radwegen auf der Fahrbahn (light segregation) vorzustellen und in Pilotprojekten auf ihre Praktikabilität zu testen.

Dazu führen Sie aus, dass auf der Fahrbahn lediglich abmarkierte Radfahrstreifen insbesondere bei schwächeren Verkehrsteilnehmern Unsicherheit erzeugen und eine Trennung durch Lamellen oder Schwellen Autofahrenden die Radinfrastruktur verdeutlichen und das Sicherheitsgefühl der Radfahrenden erhöhen würden. Baulich getrennt geführte Radwege seien zudem nicht immer möglich und außerdem teuer in der Herstellung. Sie verweisen dazu auf die Städte London und Mexiko Stadt, die diese Varianten bereits umgesetzt haben.

Ihr Einverständnis vorausgesetzt, teilt das Baureferat Ihnen auf diesem Wege zu Ihrem Antrag Folgendes mit:

Die im Antrag geforderten, durch Trennelemente abgegrenzten Radfahrstreifen werden seit einigen Jahren in diversen Ländern in verschiedensten Ausführungsarten eingesetzt.

Die in Deutschland geltenden einschlägigen Regelwerke erwähnen diese Art der Separation des Radverkehrs bislang nur für Sondersituationen wie zum Beispiel im Zusammenhang mit Baustellenverkehrsführungen. Daher gibt es in Deutschland bisher keine Standards für die Gestaltung, Mindestbreiten und Anwendungsgebiete. Die Standards anderer Länder können aufgrund anderer rechtlicher Rahmenbedingungen nicht direkt übernommen werden.

Die zum Beispiel in Großbritannien mit „light segregation“ bezeichneten Ausführungen beziehen sich in der Regel auf einfache, eher provisorische Trennelemente verschiedenster Art, zumeist aus Kunststoff, Gummi oder in Form von Pollern oder Pflanztrögen, die in gewissen Abständen entlang der Radfahrstreifenbegrenzung montiert beziehungsweise aufgestellt werden.

Pilotprojekte für solche Radstreifen werden aktuell insbesondere in Berlin bereits als zentraler Bestandteil des Berliner Mobilitätsgesetzes vorbereitet. Es ist zu erwarten, dass von dort, im Rahmen einer Evaluierung, zu



obigen Punkten bereits in Kürze grundsätzliche Einschätzungen und Ergebnisse vorliegen.

Das Kreisverwaltungsreferat hat auf einen thematisch ähnlichen Antrag der Stadtratsfraktion Die Grünen – rosa liste vom 20. Juni 2018 „Modellprojekt geschützte Fahrradstreifen (protected bike-lines)“, Antrag Nr. 14-20/A 04199, im Rahmen der beantragten Fristverlängerung angekündigt, die Thematik, nach Besetzung der im „Grundsatzbeschluss zur Förderung des Radverkehrs in München - Fortschreibung und Radverkehrsbericht 2017“ vom 21. Februar 2018 (Sitzungsvorlage Nr. 14-20/V 09964) unter anderem explizit auch für die wissenschaftliche Begleitung/Evaluation von Verkehrsversuchen genehmigten Stellen, voraussichtlich 2019 aufzugreifen. Bis dahin werden auch erste Erfahrungen und Ergebnisse aus Berlin zu den dort erarbeiteten Ansätzen baulicher Trennungen erwartet, die mit berücksichtigt werden können. Die Thematik wird dann, unter Federführung des Kreisverwaltungsreferates, mit Einbindung des Referates für Stadtplanung und Bauordnung und des Baureferates, eingehend bearbeitet werden. Die Ergebnisse werden im Anschluss dem Stadtrat mit einem Entscheidungsvorschlag zum weiteren Vorgehen vorgestellt werden.

Wir bitten, von den Ausführungen Kenntnis zu nehmen und gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Geheimsache Notaufnahme?

Anfrage Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann, Dr. Josef Assal, Eva Caim, Richard Progl und Mario Schmidbauer (Fraktion Bayernpartei) vom 20.7.2018

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Thomas Böhle:

Ihrer Anfrage stellen Sie folgende Passage voraus:

„Die Internetseite zum Nachweis freier Krankenhausbetten in München (IVENA) wurde kürzlich völlig überraschend mit einem Passwort geschützt und damit dem öffentlichen Zugriff entzogen. Seit vier Jahren leistet dieser Dienst für die Bürger und im Gesundheits- und Versorgungsbereich tätige Anbieter wertvolle Informationen und Unterstützung auf der Suche nach freien Krankenhausbetten. In den vergangenen Monaten sind immer wieder Engpässe bekannt geworden (Grippewelle, hohe Geburtenzahlen etc.). Nachvollziehbare Versorgungslücken dürfen und müssen benannt werden. Die Begründung, falsche Medienberichte und missverständliche Auswertungen hätten die Münchnerinnen und Münchner verunsichert, ist abenteuerlich. Falsche Medienberichte können und sollten korrigiert werden. Den Zugang zu Informationen zu verweigern, führt nur zu Spekulationen, die Betreiber wollten etwas verheimlichen.“

Oberbürgermeister Reiter hat mir Ihre Anfrage vom 20.07.2018 zur Beantwortung zugeleitet. Die aufgeworfenen Fragen beantworte ich auf der Grundlage der Darstellung des RZV wie folgt:

Frage 1:

Auf wessen Veranlassung wurde der öffentliche Zugang zur IVENA-Seite gesperrt und aus welchen Gründen?

Antwort:

Die öffentliche Ansicht des IVENA-Portals war anfänglich verbunden mit der Systematik einer Webanbindung. Bekannte Nutzer des Portals mit erweitertem Zugang waren nur die beteiligten Krankenhäuser, die Integrierte Leitstelle München und der Rettungszweckverband München.

Die öffentliche Ansicht für das IVENA-Portal wurde vor kurzer Zeit angepasst. Grund dafür sind Berichterstattungen in den Medien, die aus der Sicht des Rettungszweckverbandes hinsichtlich der daraus gefolgerten Rückschlüsse ein verzerrtes Abbild der tatsächlichen Situation wiederge-

ben. Dies führt zu einer nicht gewünschten Verunsicherung in der Bevölkerung.

Der Rettungszweckverband will verhindern, dass mit der Veröffentlichung von „Auswertungen“ aus dem von ihm kostenpflichtig betriebenen Portal unreflektierte und wissenschaftlich wenig seriöse Berichterstattungen erfolgen. Zwischen der einfachen Beobachtung und den spekulativen Schlussfolgerungen ist kein Kausalitätszusammenhang feststellbar. Insofern sind solche Informationen weder transparent, noch für die Bürgerinnen und Bürger in irgendeiner Weise hilfreich.

Frage 2:

Gab es zuvor Fälle, in denen ernsthafte medizinische Notsituationen entstanden sind durch falsche Informationen oder Interpretationen der IVENA-Seite?

Antwort:

Dem Rettungszweckverband München liegen keine entsprechenden Erkenntnisse vor.

Frage 3:

Gibt es Erkenntnisse zum bisherigen Nutzerverhalten? (Zugriffszahlen, Nutzergruppen etc.)?

Antwort:

Die autorisierten Nutzer des IVENA Portals sind die angeschlossenen Münchner Krankenhäuser, die Integrierte Leitstelle München und der Rettungszweckverband München.

Auswertungen zum Nutzerverhalten bzw. zu Zugriffszahlen erfolgen nicht bzw. sind technisch nicht möglich.

Frage 4:

Soll der öffentliche Nachweis über freie Krankenhausbetten auch künftig verwehrt bleiben?

Antwort:

Der Rettungszweckverband München betreibt das Portal, wie oben dargestellt, nicht zum Zweck eines öffentlichen Nachweises über freie Krankenhausbetten. Hierfür war die ehemals öffentlich zugängliche Ansicht auch bisher nicht geeignet. Das IVENA Portal stellt freie Behandlungskapazitäten für akute, lebensbedrohliche medizinische Notfälle und nicht ein Verzeichnis freier Bettenkapazitäten in den Münchner Krankenhäusern dar.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Donnerstag, 22. November 2018

Unterstützung & Förderung regionalligatuglicher Fußballvereine in München

Antrag Stadträtinnen Alexandra Gaßmann, Ulrike Grimm und Dorothea Wiepcke (CSU-Fraktion)

Surfen für Alle I: Zugang zu digitalen Angeboten für Senior*innen sicherstellen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Gerhard Mayer, Bettina Messinger, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Surfen für Alle II: Digitale Ehrenamtliche gewinnen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Gerhard Mayer, Bettina Messinger, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Surfen für Alle III: Zurück in die Schule – Senior*innen lernen Digitalkompetenz

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Gerhard Mayer, Bettina Messinger, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Surfen für Alle IV: Zuschuss zum Kauf eines Tablets für Senior*innen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Gerhard Mayer, Bettina Messinger, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Surfen für Alle V: Digitale Angebote für Senior*innen bei M-Net, der Stadtparkasse und den großen IT-Dienstleistern in München ausbauen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Simone Burger, Verena Dietl, Anne Hübner, Hans Dieter Kaplan, Haimo Liebich, Gerhard Mayer, Bettina Messinger, Christian Müller, Dr. Constanze Söllner-Schaar und Christian Vorländer (SPD-Fraktion)

Sicherstellung der Barrierefreiheit in Anlagen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner, Katrin Habenschaden, Anna Hanusch, Jutta Koller und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Gesundheitliche Versorgung für Menschen mit Behinderungen lückenlos sichern – Eine Fachstelle „Inklusion und Gesundheit“ im Referat für Gesundheit und Umwelt zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Gesundheitsbereich der LH München einrichten

Antrag Stadtrats-Mitglieder Anja Berger, Anna Hanusch, Thomas Niederbühl und Oswald Utz (Fraktion Die Grünen – rosa liste)

Radabstellanlagen am Hauptbahnhof und weiteren Bahnhöfen neu Planen

Antrag Stadtrats-Mitglieder Sonja Haider und Tobias Ruff (ÖDP)

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

Stadträtin Dorothea Wiepcke
Stadträtin Ulrike Grimm
Stadträtin Alexandra Gaßmann

ANTRAG

22.11.2018

Unterstützung & Förderung regionalligatauglicher Fußballvereine in München

Die Landeshauptstadt München wird aufgefordert, ausreichend Kapazitäten für alle Münchner Sportvereine, die regionalligatauglichen Fußball spielen, zu schaffen.

Begründung:

Der Verein SV Türkgücü-Ataspor wurde 1975 in München gegründet und ist hier beheimatet. Aktuell spielt der Verein in der Bayern-Liga. Das Trainingsgelände an der Heinrich-Wieland-Straße ist weder Bayernliga- noch Regionalliga-tauglich. Deswegen finden die Ligaspiele momentan in Kirchheim-Heimstetten statt. Die sportliche Entwicklung ist vielversprechend und der Verein wird in der kommenden Saison voraussichtlich in der Regionalliga spielen. Wir finden, dass erfolgreiche Münchner Sportvereine ihre Regionalligaspiele unbedingt in einem Münchner Stadion abhalten sollten. Die Stadt wird aufgefordert, kurzfristig zur kommenden Spielsaison Kapazitäten hierfür bereit zu stellen. Langfristig soll von der Stadt geprüft werden, ob dauerhaft eine alternative Spielstätte zur Verfügung gestellt werden kann.

Initiative:

Dorothea Wiepcke
Stadträtin

Ulrike Grimm
Stadträtin

Alexandra Gaßmann
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 22.11.2018

Surfen für Alle I: Zugang zu digitalen Angeboten für Senior*innen sicherstellen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle Einrichtungen der offenen Altenhilfe (Alten- und Service-Zentren, Seniorentreffs) und die Nachbarschaftstreffs mit mindestens einem öffentlich zugänglichen PC oder einem anderen geeigneten Gerät auszustatten, auf dem alle digitalen Angebote der Landeshauptstadt München und ihrer Gesellschaften zugänglich sind. Zusätzlich soll in all diesen Einrichtungen ein W-LAN für die Besucher*innen zur Verfügung stehen, um auch mit eigenen Geräten Zugang zum Internet zu erhalten.

Zudem sollen diese städtisch geförderten Einrichtungen feste Beratungsangebote insbesondere im Hinblick auf den digitalen Zugang zu städtischen Leistungen in ihr Leistungsprogramm aufnehmen und die Besucher*innen individuell unterstützen, so dass diese eine eigene digitale Kompetenz entwickeln können. Für die wesentlichen Onlineangebote der Stadtverwaltung gibt es künftig auch Video-Tutorials. Die barrierefreie Nutzungsmöglichkeit wird zum Standard.

Begründung

Immer mehr Leistungen der Stadtverwaltung (SoWon – Sozialwohnungsvergabe, Terminvereinbarung in Pass- und Meldeangelegenheiten) erfordern einen Onlinezugriff. Ältere Menschen dürfen von dieser Entwicklung nicht benachteiligt oder ausgeschlossen werden. Deshalb sind im Rahmen der städtischen und städtisch geförderten Strukturen dauerhaft verbindliche Angebote einzuführen, die den Zugriff der Senior*innen auf digitale Leistungen sicherstellen. Digitale Kompetenz ermöglicht zudem, auch im Alter mit Familie und Freunden leichter in Verbindung zu bleiben.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Christian Vorländer
Hans Dieter Kaplan
Gerhard Mayer

Christian Müller
Verena Dietl
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Simone Burger
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 22.11.2018

Surfen für Alle II: Digitale Ehrenamtliche gewinnen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gezielt Ehrenamtliche zu gewinnen, zu schulen und zu begleiten, die Senior*innen in den Einrichtungen der offenen Altenhilfe dabei unterstützen, ihre Angelegenheiten künftig eigenständig digital zu regeln.

Begründung

Digital kompetente Rentner*innen, aber auch Studenten oder Azubis, haben Lust und das Know-How, um Senior*innen in die Onlinewelt einzuführen. Diese Ressourcen sollen gezielt angesprochen und genutzt werden. Die Ehrenamtlichen sind gut zu begleiten, um ihnen ein langfristiges und erfüllendes Engagement zu ermöglichen.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Christian Vorländer
Hans Dieter Kaplan
Gerhard Mayer

Christian Müller
Verena Dietl
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Simone Burger
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 22.11.2018

Surfen für Alle III: Zurück in die Schule – Senior*innen lernen Digitalkompetenz

Antrag

In allen Alten- und Service-Zentren werden regelmäßig Schulungen angeboten, die Senior*innen den Einstieg und die Fortbildung im Umgang mit digitalen Medien und Inhalten ermöglichen. In den Schulungen ist ein besonderer Schwerpunkt auf die Themen Datenschutz und Sicherheit im Internet zu legen, da diese Themen viele ältere Menschen besorgen und davon abhalten, bestimmte Leistungen online zu erledigen. Es wird angeregt, hier auch die Kompetenzen und Erfahrungen der Münchner Volkshochschule zu nutzen.

Begründung

Senior*innen müssen in den ihnen bekannten Einrichtungen die Möglichkeit bekommen, digitale Kompetenzen zu erlernen und Ängste vor der Nutzung neuer Medien abzubauen.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Christian Vorländer
Hans Dieter Kaplan
Gerhard Mayer

Christian Müller
Verena Dietl
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Simone Burger
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion · Rathaus · 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 22.11.2018

Surfen für Alle IV: Zuschuss zum Kauf eines Tablets für Senior*innen

Antrag

Die Stadtverwaltung entwickelt ein Konzept, damit bedürftigen Senior*innen ein einmaliger Zuschuss zum Kauf eines Tablets oder Laptops gezahlt werden kann.

Begründung

Niemand soll aus finanziellen Gründen digital abgehängt werden. Nachdem die Grundsicherung und die Renten für viele keinen Spielraum zum Anschaffen technischer Geräte lassen, soll die Landeshauptstadt hier eine freiwillige Leistung etablieren.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Christian Vorländer
Hans Dieter Kaplan
Gerhard Mayer

Christian Müller
Verena Dietl
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Simone Burger
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89- 23 39 26 27, Fax: 0 89- 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MünchenSPD Stadtratsfraktion ■ Rathaus ■ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus

München, 22.11.2018

Surfen für Alle V: Digitale Angebote für Senior*innen bei M-Net, der Stadtparkasse und den großen IT-Dienstleistern in München ausbauen

Antrag

Der Oberbürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit den städtischen Gesellschaften zu prüfen, welche speziellen Angebote für ältere Menschen im Hinblick auf deren Zugriff auf digitale Medien eingeführt werden können.

Denkbar sind hier u.a. Schulungsangebote der Stadtparkasse zum Online-Banking speziell für Senior*innen, Beratungs- und Einweisungsangebote von M-Net für die Installation von W-LAN zu Hause oder ggf. auch ein subventioniertes Angebot für Ältere mit geringen Renten.

Zudem wird die Stadtverwaltung gebeten, auf große Münchner IT-Dienstleister und andere in Frage kommende Unternehmen zuzugehen, um gemeinsam Ideen und Vorschläge zu erarbeiten, wie Senior*innen in einer zunehmend digitalen Stadt beteiligt werden können.

Begründung

Die städtischen Gesellschaften können beauftragt werden, kostengünstige spezialisierte Angebote für ältere Menschen anzubieten. So ist beispielsweise ein Online-Konto bei der Sparkasse gebührenfrei. Der Zugriff auf dieses soll interessierten Senior*innen künftig leichter ermöglicht werden.

M-Net und andere Unternehmen sollen vergünstigte und seniorenspezifische Angebote machen, damit niemand aufgrund seines Alters oder einer geringen Rente digital abhängig wird und dadurch Nachteile erleidet.

gez.

Anne Hübner
Bettina Messinger
Christian Vorländer
Hans Dieter Kaplan
Gerhard Mayer

Christian Müller
Verena Dietl
Dr. Constanze Söllner-Schaar
Simone Burger
Haimo Liebich

Stadtratsmitglieder

MünchenSPD Stadtratsfraktion

Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 0 89 - 23 39 26 27, Fax: 0 89 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 22.11.2018

Sicherstellung der Barrierefreiheit in Anlagen der städtischen Wohnungsbaugesellschaften

Antrag

Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG legen dem Stadtrat zeitnah und detailliert Informationen zur Umsetzung barrierefreien Bauens und Wohnens in ihren aktuell bestehenden Wohnanlagen vor und erklären sich dazu, inwiefern Barrierefreiheit bei zukünftigen Bau- und Planungsvorhaben berücksichtigt werden soll. Zudem entwickeln GWG und GEWOFAG ein Konzept zur regelmäßigen Prüfung und Berichterstattung bezüglich etwaiger Fortschritte und Versäumnisse. Die hierfür dauerhaft erforderlichen Haushaltsmittel werden eingestellt.

Begründung:

Am 1. Januar 2016 traten die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen in Kraft. Ziel 11 beschreibt notwendige Maßnahmen zur Sicherstellung nachhaltiger und inklusiver Städte weltweit. Bis 2030 soll dabei unter anderem der Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum für alle sichergestellt werden sowie die Verstädterung und Siedlungsplanung inklusiv gestaltet werden. Zudem soll bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die über integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion verfügen, deutlich erhöht werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zur nationalen Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele verpflichtet und muss basierend auf der UN-Behindertenrechtskonvention konsequente Maßnahmen zur Förderung einer inklusiven und vielfältigen Gesellschaft ergreifen.

Die Landeshauptstadt München versucht dieser Verpflichtung mit ihrem aktuell laufenden 1. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu entsprechen. Ende des Jahres 2018 soll zudem ein zweiter Aktionsplan vorgestellt werden.

Trotz dieser begrüßenswerten Initiative besteht nach wie vor großer Handlungsbedarf, vor allem im Bereich barrierefreies Bauen und Wohnen. Dies bestätigt auch die Evaluation der Umsetzung entsprechender Maßnahmen im Rahmen des 1. Aktionsplans, die zwar eine höhere Sensibilität seitens der Planerinnen und Planer feststellt, gleichzeitig aber eine mangelhafte praktische Umsetzung kritisiert. Verwunderlich ist dabei, dass eine konkrete Kontrolle der städtischen Wohnanlagen diesbezüglich nicht vorgesehen ist. Da die Stadt eine Vorreiterrolle anstrebt, ist dies besonders kritisch zu bewerten.

Der Fraktion Grüne – rosa liste liegen aktuell Beschwerden vor, wonach in den städtischen Wohnungsbaugesellschaften Barrierefreiheit unzureichend umgesetzt und gefördert wird. Der konkrete Fall bezog sich auf eine Mieterin mit Mobilitätseinschränkung, die trotz mehrfacher Hinweise auf die Dringlichkeit des Anliegens bei der notwendigerweise gegenfinanzierten Einrichtung eines elektronischen Türöffners unzureichend seitens GWG unterstützt wurde.

Mit diesem Antrag soll die notwendige Transparenz geschaffen werden, damit die städtischen Wohnungsbaugesellschaften ihrem hohen Anspruch an soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit gerecht werden können und in Zukunft eine tatsächliche Vorreiterrolle im Bereich Barrierefreiheit und Inklusion einnehmen.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:

Oswald Utz, Katrin Habenschaden, Jutta Koller, Anna Hanusch, Anja Berger, Paul Bickelbacher, Herbert Danner

Mitglieder des Stadtrates

Herrn
Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus



München, den 22.11.2018

Gesundheitliche Versorgung für Menschen mit Behinderungen lückenlos sichern -

Eine Fachstelle „Inklusion und Gesundheit“ im Referat für Gesundheit und Umwelt zur Umsetzung der UN-Behindertenkonvention im Gesundheitsbereich der LH München einrichten

Antrag

Die LH München richtet eine Fachstelle im Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) „Inklusion und Gesundheit“ ein, die sich um die Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention im Gesundheitsbereich der LH München kümmert. Dabei werden sowohl das RGU als auch alle gesundheitlichen Einrichtungen der Stadt, inklusive des städtischen Klinikums, auf Barrierefreiheit und Inklusion überprüft und bei Bedarf diesbezüglich nachgebessert. Zudem werden die Themen Barrierefreiheit und Inklusion als Querschnittsthemen ins Referat integriert und spiegeln sich im Referats-Alltag wieder. Zudem ist diese Fachstelle Ansprechpartnerin für sämtliche gesundheitlichen Einrichtungen (z.B. auch Arztpraxen) in München, die diesbezüglich Beratungsbedarf haben. Dazu muss zunächst der Bedarf erhoben werden und dann Maßnahmen entwickelt werden, um das Ziel zu erreichen, das Gesundheitssystem in München inklusiv zu öffnen.

Begründung:

Das Referat für Gesundheit und Umwelt ist der Gesundheit von Menschen mit Behinderungen ganz besonders verpflichtet und sollte hier vorberatend tätig werden. Eine Studie im Rahmen der Umsetzung des 1. Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention hat gezeigt, dass Münchnerinnen und Münchner mit Behinderung im Themenfeld Gesundheit ganz besonderen Handlungsbedarf sehen. Themen: Barrierefreiheit, mangelnde Sensibilität von medizinischem Personal, kaum Vorsorgeuntersuchungen. Auf Grund dieser Mangelsituation müssen Menschen mit Behinderungen oft auf Krankenhäuser im Umland ausweichen (z.B. Gauting, Murnau), um eine angemessene Versorgung zu bekommen.¹

Das ist nicht hinzunehmen. Die LH München hat sich der Umsetzung der UN-Behindertenkonvention verpflichtet und hat dementsprechend gerade im Gesundheitsbereich ihrer Verpflichtung nachzukommen. Dies entspricht auch der Leitlinie Gesundheit, die sich die LH München selber gegeben hat.

Wir bitten, wie in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen, um eine fristgemäße Bearbeitung unseres Antrages.

Fraktion Die Grünen – rosa liste

Initiative:

Anja Berger, Oswald Utz, Anna Hanusch, Thomas Niederbühl
Mitglieder des Stadtrates

1

Rückmeldungen an den Behindertenbeauftragten Herrn Oswald Utz



Ökologisch-Demokratische Partei

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Dieter Reiter
Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

München, 22. November 2018

Antrag

Radabstellanlagen am Hauptbahnhof und weiteren Bahnhöfen neu planen

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert erneut mit der Deutschen Bundesbahn Kontakt aufzunehmen, um Radabstellanlagen am Hauptbahnhof während des Neubaus in den kommenden Jahren zu planen und umzusetzen. Des Weiteren sollen Maßnahmen am Ostbahnhof und in Pasing zum Neubau, bzw. zur Erweiterung von dringend benötigten Radabstellanlagen untersucht und realisiert werden. Die Finanzierung von 40 % der Maßnahmen sollen beim Bundesumweltministerium beantragt werden.

Begründung

Die bisherigen Auskünfte der Deutschen Bundesbahn zu Radabstellanlagen auf dem Gelände der DB waren negativ, da kein Platz vorhanden und sie dafür nicht zuständig sei. Nun gibt ein Artikel in der Welt vom 18.11.2018¹ Anlass zur Hoffnung. Gemeinsam mit dem Bundesumweltministerium sollen Kommunen im Rahmen der Initiative „Bike & Ride“ gefördert werden, wenn sie neue Abstellmöglichkeiten für das Rad schaffen. Die DB unterstützt mit geeigneten Standorten, Planung und Umsetzung. Laut Artikel finanziert das Umweltministerium davon 40 %.

Sonja Haider (ÖDP) und Tobias Ruff (ÖDP)

1 <https://www.welt.de/motor/news/article184068332/Wohin-mit-dem-Rad-Fahrradstellplaetze-an-Bahnhoefen.html>

Pressemitteilungen städtischer Beteiligungsgesellschaften

Donnerstag, 22. November 2018

Tollwood-Winterfestival: Längere Züge auf der U4
Pressemitteilung MVG

MVG Information für die Medien

22.11.2018

Tollwood-Winterfestival: Längere Züge auf der U4

Zum Tollwood-Winterfestival verstärkt die MVG ab Freitag, 23. November, zeitweise ihr U-Bahn-Angebot. Um dem erhöhten Fahrgastaufkommen gerecht zu werden, kommen an den Freitagen und Samstagen auf der U4 tagsüber und abends Langzüge mit sechs statt vier Wagen zum Einsatz. Ab Theresienwiese fahren die beiden Linien U4 und U5 bis ca. 0 Uhr jeweils im 10-Minuten-Takt Richtung Innenstadt, danach verkehrt die U5 alle 20 Minuten bis 1.10 Uhr, in den Nächten von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag bis 2.10 Uhr.

MVG-Informationen auf dem Festivalgelände

Die MVG stellt auf dem Tollwood-Festivalgelände an zentralen Punkten wieder fünf große Info-Masten auf. An ihnen können sich Besucher zum einen über das aktuelle Tollwood-Tagesprogramm informieren. Zum anderen finden sie dort MVG-Aushangfahrpläne mit den Abfahrtszeiten der nächstgelegenen Haltestellen sowie die praktischen MVG-Minifahrpläne aller U-Bahn-, Bus- und Tramlinien, die das Tollwood anfahren. Alle Tollwood-Eintrittskarten sind am jeweiligen Veranstaltungstag ab drei Stunden vor Einlassbeginn gültig für die Hin- und Rückfahrt mit allen Verkehrsmitteln im MVV.

Weitere Informationen gibt es unter: www.mvg.de und www.tollwood.de

Herausgeber

Stadtwerke München GmbH
Pressestelle
Telefon: +49 89 2361-5042
E-Mail: presse@swm.de
www.swm.de

Redaktion

Pressereferent Bereich MVG
Matthias Korte
Telefon: +49 89 2361-6042
E-Mail: korte.matthias@swm.de
www.mvg.de